

Auf dem Weg  
zur Großmacht ohne  
Staatsidee?

# Eine Dividende für Europa

Ludger Kühnhardt

Die Charta der OSZE von Paris aus dem Jahre 1990 hat feierlich und pathetisch die Einheit Europas als das große säkulare Ziel der heutigen Generation beschrieben. In Frieden und Freiheit, in Sicherheit und in Wohlstand sollen die nächste und alle nachfolgenden Generationen leben können, eingedenk aller Grausamkeiten und unmenschlichen Abirrungen in der Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts. Seit über zehn Jahren ist die Erweiterungspolitik der Europäischen Union auf der Tagesordnung der Politik. Von dort aber scheint es ein langer Weg ins wirkliche Leben zu sein. Assoziierungsabkommen, Transformationsprogramme, Fortschrittsberichte, die Kopenhagener Kriterien von 1993, die die Bedingungen der Mitgliedschaft in der Europäischen Union grundgelegt hatten (stabile Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Schutz der Minderheiten und Menschenrechte, wettbewerbsfähige Marktwirtschaft), schließlich 1999 der Beginn von Beitrittsverhandlungen mit Polen, Ungarn, Tschechien, Estland, Slowenien und Zypern, später erweitert um Rumänien, Bulgarien, Lettland, Litauen, die Slowakei und Malta sowie um die Anerkennung der Türkei als EU-Kandidatenland, ohne dass bereits mit Beitrittsverhandlungen begonnen worden wäre, und nach den Wirrnissen und anhaltenden Folgeunsicherheiten des Luftkrieges gegen Jugoslawien ein Stabilitätspakt für die Unruhregion Südosteuropa mit der Perspektive einer irgendwann zu realisierenden Beitrittschance in die Europäische

Union: Das ist die Bilanz eines Jahrzehntes der EU-Erweiterungspolitik. Nicht viel geblieben ist von den Wünschen und Versprechungen der Staatsmänner des Jahres 1990. Die Benennung konkreter Beitrittsdaten für die ersten Kandidaten aus Mittel- und Osteuropa ist wieder in unbestimmtere Ferne gerückt. Der Bundeskanzler möchte sich unter keinen Umständen vor der nächsten Bundestagswahl festlegen, und diese findet immerhin im selben Jahr wie die nächste Wahl des französischen Staatspräsidenten statt, die ebenfalls von der Frage möglicher Folgewirkungen der EU-Erweiterung auf Frankreichs Rolle in Europa überlagert wird. Große Transformations- und Reformbemühungen haben in den Kandidatenstaaten Osteuropas eingesetzt. Dennoch bleibt eine enorme Kluft gegenüber den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen innerhalb der Europäischen Union.

Wirtschaftswissenschaftler schätzen, dass in Polen, Ungarn, Tschechien, Estland und Slowenien mit insgesamt 63 Millionen Menschen auch im Jahr 2005 das Lohneinkommen im Durchschnitt nur bei zwanzig Prozent der westdeutschen Löhne und bei etwa der Hälfte des deutschen Sozialhilfeniveaus liegen wird. Entsprechend wachsen bei uns die Sorgen, Ängste und offen oder verdeckt angedeutete Vorbehalte gegenüber der Osterweiterung. Wie wird der Wanderungsdruck auf die westeuropäischen Staaten aussehen? Welche Folgen wird dies auf die Sozialsysteme und auf das

Lohnniveau in Westeuropa haben? Wird die Osterweiterung tatsächlich für den westlichen Sozialstaat zur Zerreißprobe? Lässt sich die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union halten, wenn schon heute unzweifelhaft ist, dass sie unter keinen Umständen auf alle Kandidatenstaaten der Europäischen Union ausgedehnt werden kann, ohne dass eine tief greifende Erhöhung der Budgetmittel für die Europäische Union stattfinden würde, wovon nicht einmal die naivsten Optimisten auszugehen wagen? Wer bezahlt die Kosten für das Gelingen der tief greifenden Wirtschaftsreformen und Transformationsprozesse in den Kandidatenstaaten, um diese auch nur halbwegs an das Niveau der EU-Standards heranzuführen, wie dies die Bedingung für eine Aufnahme ist? Was ist der Preis für die immer wieder vollzogene Verschiebung eines Beitrittsdatums, sodass ein süffisanter Beobachter aus Mitteleuropa schon einmal sagen konnte, der Beitritt ist eben immer und immer wieder genau fünf Jahre entfernt? Wird es nationalistische Wellen in Westeuropa gegen die Überflutung mit Billigprodukten, Billigarbeitnehmern und einer durch illegale Immigration beförderten Kriminalität geben, oder wird die nationalistische Welle in Osteuropa schneller wachsen, die sich aus der Enttäuschung über den wohlhabenden Westen des Kontinents breit macht, dessen Versprechungen offenkundig lauter waren als seine tatsächliche Solidarbereitschaft?

### Führungsfähigkeit

Ängste und Orientierungsunsicherheiten allenthalben, und es wäre nicht ehrlich, sie nicht zu benennen und ihnen ins Auge zu schauen. Patentantworten gibt es nicht, genauso wenig wie es eine lexikonreife Patentantwort auf die Frage gibt, was denn die Identität Europa sei oder wie eine politische Patentantwort auf die Frage nach einer zukünftigen europä-

ischen Verfassung aussehen könnte. Nicht einmal entschieden ist die Frage, wo denn die Grenzen der Europäischen Union eines Tages verlaufen werden. Und erst am Anfang steht die noch wichtigere Debatte, wo denn die Grenzen der Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union liegen, um diese institutionell, konzeptionell und politisch nicht zu überfordern. Schließlich und endlich bleibt immer wieder die Frage nach der politischen Führungsfähigkeit in komplexen demokratischen Massengesellschaften in einer Europäischen Union mit 360 Millionen Einwohnern und über 150 Millionen EU-Kandidaten: Welche Rolle wird das sich entwickelnde Gebilde eines Tages in der Weltpolitik spielen? Wird es nur wirtschaftlich stark, oder muss es auch politisch führungswillig sein, in gewissem Sinne sogar Ordnungsmacht neben den USA? Oder ist dies alles allein schon deswegen unrealistische Zukunftsmusik, weil die Europäische Union und die mit ihr unterdessen auf Gedeih und Verderb verbundenen Beitrittskandidaten nicht einmal zu wirtschaftlicher und sozialer Dynamik im Inneren fähig sind und sich an der Frage von Identitäts- und Verfassungsbildung ebenso zermürben wie an der Frage nach der Bereitstellung der angemessenen Instrumente für eine handlungsfähige und wirkungskräftige gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik? Die Fragen stellen heißt noch längst nicht, die ihnen zu Grunde liegenden Prämissen zu teilen. Viele der Reformansätze der vergangenen zehn Jahre sind in der Tat besser und erfolgreicher verlaufen, als mancher Skeptiker und Kritiker gemeint hat.

Aber wahr ist auch, dass die berühmte Agenda 2000 des Jahres 1999 im Kern eher ein Beitrittsverhinderungs- und ein Agrarreform-Verhinderungskompromiss gewesen ist als das Gegenteil. Die Mittel, die die Europäische Union im Kontext der Agenda 2000 für die Kandi-

datenstaaten aufzubringen bereit war – zirka dreizehn Milliarden Euro pro Jahr –, belaufen sich in der Summe auf höchstens einmal jenen Betrag, der allein notwendig wäre, um die minimalsten umweltpolitischen Verbesserungen in den Kandidatenstaaten zu erreichen. Alle anderen Transformationsaufgaben aber müssten dann unberührt beziehungsweise ununterstützt bleiben. So mag man sich die Dimensionen der finanziellen Auswirkungen der Erweiterung ausmalen, selbst wenn die Prognosen wirtschaftswissenschaftlicher Institute spekulativ sein mögen; manche von ihnen gehen von Erweiterungskosten von 200 bis zu 500 Milliarden Euro aus, die durch Steuererhöhungen beziehungsweise Ressourcenumlenkungen aus den heutigen EU-Staaten geleistet werden müssten. Das alles ist einstweilen spekulativ und theoretisch. Dennoch aber bleibt die Frage, welchen Nutzen Westeuropa von der Erweiterung haben mag und wo die Dividende für ganz Europa liegt, wenn doch der gesamte Prozess mit so vielen Hypothesen, Belastungen, Ängsten und Sorgen überlagert ist.

### Gewinn an Frieden und Freiheit

Die wesentliche Antwort auf all diese Diskussionen kann nur lauten: Die Einigung Europas ist ein Gewinn an Frieden und Freiheit für ganz Europa, denn sie bedeutet die Überwindung der geistigen und materiellen Erbschaft des Kommunismus, sie bedeutet das Ende der künstlichen Teilung Europas, wie sie in der Ordnung von Jalta zementiert worden war, und sie bedeutet vor allem, dass Freiheit und Zivilcourage, Wahrheit und Wahrhaftigkeit und die Ermöglichung einer gemeinsamen europäischen Identität, die aus den beiden Lungen des Kontinents atmet – um Papst Johannes Paul II. zu zitieren – verwirklicht werden können. Denn dies ist die historische Bedeutung von 1989: Europa, und das heißt vor allem die

mutigen Menschen in den ehemaligen kommunistischen Diktaturen, hat eine friedliche Revolution der Freiheit ins Werk gesetzt, die in der Geschichte unseres Kontinents ihresgleichen sucht und die einen historischen Stellenwert auch dort behalten wird, wo ihre Euphorie abgewogen werden muss gegenüber den Herausforderungen, die sich erst aus den Umbrüchen von 1989, vielfach völlig unvorhersehbar, ergeben haben. Zum ersten Mal in seiner Geschichte kann Europa eine Ordnung des Friedens in Freiheit aufbauen, eine Ordnung, die auf der Anerkennung der kleinen wie der großen Völker, auf dem Prinzip der freien Selbstbestimmung der Staaten und auf dem Gedanken des Zusammenschlusses nationaler Souveränität zu Gunsten gemeinsam sich entwickelnder europäischer Interessen beruht. Dies alles kann nicht von heute auf morgen geschehen. Die Entwicklung selbst bringt neue Probleme und neuen Reformstau mit sich. Manche Gedanken sind weiter als die Wirklichkeit, und noch häufiger hat sich für viele Menschen die Wirklichkeit schneller beschleunigt als ihr eigenes Denken. Dies beeinflusst jeden Versuch, eine Dividende für Europa zu erkennen, es belastet sogar häufig den visionären Blick, der durch den Nebel der Alltagsprobleme hindurchschauen muss, ohne diese künstlich beiseite schieben zu wollen.

1989 aber bleibt ein großes historisches Datum, und es wäre verhängnisvoll, dieses unter dem Kleinmut der Reformdebatten und hinter einer ausschließlich finanziellen und wirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Analyse zerreden zu wollen. Die erste Frage, um die Dinge, um die es geht, in einen richtigen Zusammenhang zu stellen, muss doch lauten: Was für Menschen kommen eines nicht zu fernen Tages zu uns in die Europäische Union? Was bringen sie mit, was werden sie beitragen, welche Erfahrungen werden sie mit uns austauschen, wie können wir durch sie

bereichert werden, wohin wollen wir gemeinsam aufbrechen?

## Selbstverständnis im Wandel

Europa hat sich und sein Selbstverständnis im Verlauf der Geschichte immer wieder gewandelt. Die Griechen definierten sich in Ablehnung gegenüber den Persern. Das Römische Weltreich war um das Mittelmeer herum zentriert, aber griff auch in das westliche Germanien und bis in die Mitte der Britischen Inseln aus. Die christliche Religion gründet durch Jesus Christus im Nahen Osten, aber sie wurde zum Inbegriff des christlichen Abendlandes und der christlich-ethischen Grundsubstanz Europas. So ist es bis heute auch in einem sehr säkularisierten Kontinent geblieben, dessen Geschichte und dessen Selbstverständnis nur aus der Geschichte mit dem Christentum, aus dem christlichen Selbstverständnis und aus den ihm erwachsenen Traditionen erklärt werden können.

Dennoch aber sind Europa und das Christentum keine symbiotische Einheit. Zu arg wirken die Kirchenspaltungen des elften Jahrhunderts zwischen der lateinischen und den Ostkirchen und des sechzehnten Jahrhunderts innerhalb des lateinischen Christentums zwischen Katholiken und Protestanten. Überdies gehören auch nach dem Holocaust die Juden und nach allen Kriegen des Balkans und der Zurückdrängung des Osmanischen Reiches bis auf den Raum der Türkei die Muslime zu Europa und seiner Identität. Völkerwanderungen gehörten zur europäischen Geschichte immer schon dazu, Zwangsvertreibungen und wirtschaftlich bedingte Migrationen ebenfalls. Der Schwerpunkt der europäischen Achsen hat sich immer wieder verschoben, aber wirtschaftsgeschichtlich gesehen sind die großen Wirtschaftsräume entlang des Rheins, an den Küsten der Nordsee und des Mittelmeeres seit eh und je die Wohlstandszentren des Kontinentes gewesen.

Das Wirtschaftsgefälle zwischen West- und Osteuropa ist nicht erst durch die Fehlentwicklungen in den Zeiten der kommunistischen Zentralverwaltungswirtschaft entstanden.

Längst ist das Römische Reich einer Europäischen Union gewichen, deren juristische Basis aus vier Verträgen, acht Protokollen und vierunddreißig Erklärungen besteht, ohne dass das Verhältnis zwischen nationalstaatlicher Souveränität und europäischer Identität bisher zufrieden stellend gelöst werden konnte. Manche Kritiker meinen, Europa sei auf dem Weg, eine Großmacht zu werden, ohne eine Staatsidee zu besitzen. Aber es kann keinen Zweifel daran geben, dass im Kern die heutigen Diskussionen über die Folgen der Osterweiterung und die ebenso intensiv geführten Diskussionen um den institutionellen Reformbedarf der Europäischen Union im Kern eine europäische Verfassungsdebatte bedeuten. Was aber ist spezifisch an diesem Europa? Das Handy als Inbegriff der Mobilität findet sich in anderen Erdteilen möglicherweise noch häufiger als in Europa, und die Zahl praktizierender Christen liegt in anderen Erdteilen über deren Anteil in Europa. Ob man also religiöse Aspekte oder wirtschaftliche Modernitätselemente zum Kriterium nimmt: Was ist spezifisch an Europa, wohin soll, wird, kann und muss der Kontinent sich entwickeln?

## Kulturelle Einheit

Die erste Antwort findet sich in der Geschichte. Seit mindestens tausend Jahren gehört Europa in seiner Substanz zu den Ländern, die heute in die Europäische Union drängen. Um das Jahr 2000 nach Christi Geburt herum ist es vielleicht mehr als ein Zufall, wenn wir uns an die erste Jahrtausendschwelle erinnern und eine geistige Einheit feststellen, die Europa heute mühsam wieder sucht. Die erste Jahrtausendschwelle fiel in die Zeit des Kaisertums Ottos III. Seine Mutter

war Griechin, geistig wurde der deutsche Kaiser beeinflusst und inspiriert von dem kalabrischen Griechen Johannes Philagatos, dem Kapellan Bernard, der seit 993 als Bischof von Hildesheim wirkte, von Leo, seit 999 Bischof von Vercelli, und Gerbert von Aurillac. Europa wurde damals zur Vision. Otto und seine Kaiserzeit waren davon durchdrungen. 996 wurde der Kärntner Brun als Gregor V. erster deutscher Papst. Zu Beginn des Jahres 1000 pilgerte Otto mit dem Herzog des Landes Polen zum Grab des heiligen Adalbert in Gnesen. Dieser Glaubensprediger und vormalige Bischof von Prag hatte 997 den Märtyrertod gefunden. In seiner Grabesstadt fand die Gründung des Erzbistums Gnesen statt. Sie bedeutete nicht nur einen Beitrag zur Selbstverständigung der polnischen Kultur. Vor allem bewirkte sie die Verankerung Polens im lateinischen Europa. Die gleiche Wirkung entfaltete die Kirchenpolitik von Otto III. in Ungarn. Im April 1001 beschloss eine kaiserlich-päpstliche Synode in Ravenna eine ähnliche Struktur für Ungarn, wie sie bereits in Polen bestand. Gran, das heutige Estergom, wurde zum Erzbistum erhoben, und der seit einigen Jahren zum Christentum übergetretene und überdies mit einer bayerischen Prinzessin verheiratete Herzog Stephan erhielt den Königstitel als erster christlicher König Ungarns. Wie Polen wurde damit auch endgültig Ungarn in das lateinisch-abendländische Kirchentum integriert.

Die kulturelle Einheit von Prag, Gnesen und Estergom, von Tschechien, Polen und Ungarn, mit dem Westeuropa des Jahres 2001 steht also seit tausend Jahren außer Zweifel und wurzelt in den nun tausend Jahre zurückliegenden Entscheidungen. In dieser Zeit übrigens gründet auch die Christianisierung Islands, die im Jahr 1000 am Ort des ältesten Parlamentsplatzes von Europa, in Thingvellir, vollzogen wurde und diesen äußersten westlichen Randstaat unseres Kontinents in

die geistlich-kirchliche Einheit des christlichen Europas aufnahm, wie sehr dort auch immer altvikingsche Kult- und Kulturtraditionen nachwirken mögen.

Die Idee eines hegemoniden Kaisertums zerbrach, und geblieben ist bis heute die Suche nach Einheit in der Vielfalt, nach *Discordia concors*. Wo immer die Idee Europa als Ausdruck des hegemonialen Strebens einzelner Staaten empfunden wird, gerät Europa als Idee und als Einheitswirklichkeit ins Schwanken. Auch die Europäische Union des 21. Jahrhunderts steht und fällt mit dieser Grunderfahrung. Dass aber gerade Otto III. im Hinblick auf die Osterweiterung religions- und kirchenpolitisch vorgearbeitet hat, ist ein Merkposten, der seit dem Jahre 1000 daran erinnert, dass Europa mehr ist als die Verbindung fränkisch-deutscher und römisch-lateinischer Traditionen. Seit den Entscheidungen um das Jahr 1000 herum sind Tschechien, Polen und Ungarn zum Osten des Westens geworden.

Aus der Zeit um das Jahr 1000 herum sind auch missglückte Flug- und Schwebversuche mit künstlichen Flügeln überliefert. Das erinnert an den ständig wiederkehrenden Größenwahn des Menschen. Offen geblieben ist beispielsweise die Frage nach den Grenzen Europas. Dies gilt vor allem im Blick auf die Frage des künftigen Verhältnisses der Europäischen Union zur Türkei. Die Türkei ist ein islamisches Land, überdies ein großes und problematisches. Aber nur selten ist das Argument zu hören, dass die Geschichte der Christianisierung Europas ohne die frühchristlichen, damals griechischen Orte in der heutigen Türkei gar nicht erklärbar ist, dass die wesentlichen Konzilien, die zur Grundlegung der christlichen Dogmenlehre geführt haben, in Nicea und Konstantinopel auf anatolischem Boden stattgefunden haben, dass bis zur Spaltung zwischen lateinischer und byzantinischer Kirche jahrhunderte-

lang zwischen Westeuropa und Konstantinopel theologische und kirchliche Einheit bestand und dass selbst nach der Spaltung Konstantinopel bis 1453 als Byzanz Teil der christlichen Welt war. Seit mehr als 500 Jahren ist die Türkei nun moslemisch, aber ihr Boden hat auch eine 1500-jährige christliche Geschichte. Weder Türken noch die übrigen Europäer scheinen bis heute dieses wichtige Element des Brückenbaus über den Bosphorus hinweg begriffen zu haben.

Der Blick auf die Geschichte beantwortet natürlich noch keines der aktuellen heutigen Probleme. Aber eines ist doch eindeutig: Nach Europa, in die EU werden also keine Barbaren, sondern in einem überwiegenden Maße Angehörige des uns vertrauten Kulturkreises und ansonsten jene kommen, die durch Geschichte und Kultur häufig mit Europa besser vertraut sind als wir mit ihnen. Die Europäische Union war 1957 als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gegründet worden, um ein Werk der Versöhnung zu beginnen. Immer wieder wird die erfolgreiche deutsch-französische Aussöhnung als Inbegriff der Erfolgsgeschichte der Europäischen Union beschrieben.

### Große Versöhnungsidee

Die große Versöhnungsidee, die am Anfang dieses Werkes stand, ist aber erst vollkommen, wenn sich der Kontinent insgesamt mit sich selbst ausgesöhnt hat. Dies dient nicht nur den Völkern und Menschen in Europa, es bereitet Europa auch auf neue Weise auf die Weltfähigkeit vor, eine Weltfähigkeit, die im versöhnten Miteinander gründet und nicht in einem Wettbewerb gegeneinander, der sich in außereuropäischen kolonialen und imperialen Aggressionen entlädt. Die Vollendung der Versöhnungsidee im Innern des Kontinentes aber ist die größte Dividende, die Europa aus der anstehenden Osterweiterung erzielen kann. Sie führt uns zurück zu den Quellen einer Einheit,

wie sie neben den christlichen Strukturen im Mittelalter auch für das intellektuelle Europa in seinen Universitäten und Bildungseinrichtungen selbstverständlich war. Und sie führt uns hinein in die globalisierte Welt des 21. Jahrhunderts, in der Europa, von außen betrachtet, aus der Perspektive anderer Kontinente häufig bereits viel selbstverständlicher als Einheit wahrgenommen wird, als uns Europäern selbst bewusst ist. Nun mag es leichter sein, aus der Perspektive Neuseelands über die Einheitlichkeit Europas nachzudenken und diese beispielsweise in der spezifischen europäischen Musiktradition zu finden. Schon schwerer tun sich Amerikaner, die nicht so genau wissen, ob sie es eigentlich für eine gute oder schlechte Idee halten sollen, dass Europa eine außen- und sicherheitspolitische Einheit sucht, da sie sich noch immer im Unklaren darüber sind, ob dies eigentlich eine Unterstützung der weltpolitischen und universalen Rolle der USA bedeutet oder eher eine Konkurrenz. Wir Europäer selbst sind ja bei solchen Diskussionen häufig nicht hilfreich durch falsche Zungenschläge. Die Schweizer bleiben in ihrer Mehrheit bis heute bei der Einschätzung, dass es erst wert ist, der Europäischen Union beizutreten, wenn diese die föderale Substanz des Schweizer Bundesstaates erreicht haben sollte. Der wirkliche Testfall für die europapolitische Integrationswilligkeit der Schweizer könnte im Übrigen in der Stärke und Wettbewerbsfähigkeit des Euros liegen.

Aus der Perspektive des Innenlebens der Europäischen Union sind uns die Probleme und die Unzulänglichkeiten mit dem Integrationsprozess wohl vertraut. Aber sie dürfen nicht dazu führen, den eigenen Horizont zu verengen. Die globalisierte Welt des 21. Jahrhunderts wird von großen globalen Mächten oder regionalen Zusammenschlüssen mit globaler Ausstrahlung geprägt sein. Die USA werden globale Macht bleiben. China wird glo-

bale Macht werden. Russland möchte globale Macht bleiben. Ob Japan und Brasilien globale Mächte bleiben oder werden können, bleibt abzuwarten. Auffällig aber ist, dass überall auf dieser Welt nach regionalen Verbundsystemen, Kooperations- und Integrationsstrukturen gesucht wird, so als stünde die Europäische Union mittelbar oder unmittelbar Pate. Die Nordatlantische Freihandelszone NAFTA, die Regionalkooperation MERCOSUR im südlichen Lateinamerika, die südostasiatische Staatengruppe ASEAN, der Golfkooperationsrat, die Union der Arabischen Maghreb-Staaten, ja selbst die Union der Afrikanischen Staaten und der Zusammenschluss der pazifischen Staaten sowie der mittelamerikanischen Kooperationsprozess und die südasiatische Assoziationsgemeinschaft sowie ein ähnlicher Verbund im südlichen Afrika – all dies sind Bemühungen, der sich neu bildenden Weltordnung eine regionalisierte Struktur zu verschaffen. Europa setzt vielfach, ohne es häufig genau zu erkennen, die Maßstäbe, im Guten wie im Schlechten.

Die Diskussionen über den inneren Zustand Europas sind Diskussionen um die Identität unseres Kontinents. Politisch gewendet handelt es sich dabei längst um eine europäische Verfassungsdebatte, an deren Anfang zunächst immer die geistige Frage stehen sollte, in welcher inneren Verfassung Europa sich denn befindet. Im Blick auf die Krisen des Balkans und die anhaltende Labilität dieser Region mag man skeptisch sein, ob Europa tatsächlich auf dem Weg ist, sich in einen guten Zustand hineinzuentwickeln.

## Solidarität

Eine Diskussion über Europas Identität ist nicht möglich, ohne ein selbstkritisches Wort zur europäischen Kultur des Wertes der Solidarität zu verlieren. Es gehört zu dem zivilisatorischen Gewinn, den die europäische Integrationsidee und der eu-

ropäische Einigungsprozess mit sich gebracht haben, dass keine europäische Gruppe und keine europäische Nation mehr länger mit dem Kopf durch die Wand kann und die selbst definierten Ziele und Absichten auf Kosten aller anderen durchsetzen kann, notfalls sogar mit Gewalt. Und es wird zum Vorteil des ganzen Kontinents gereichen, wenn dieser kulturelle Fortschritt mit allen Europäern, die heute noch draußen vor der Tür der EU stehen, aber in die Europäische Union hineindrängen, geteilt werden kann. Man mag dies als eine naive und romantische Idee abtun, die nur darüber hinwegspielen will, dass es in Bezug auf die Osterweiterung um harte ökonomische Verteilungsfragen geht. Ein größerer Markt für europäische Produkte und für die Nutzung komparativer Kostenvorteile in einem größer gewordenen Gebilde und für die Beförderung von Innovation durch Wettbewerb in geistiger und materieller Hinsicht aber ist ein Nutzen für alle.

Ein Blick auf die Zahlen des Exportanstieges seit 1990 beweist, dass erkennbare Zuwächse im Bruttosozialprodukt der westeuropäischen Staaten durch die Öffnung der osteuropäischen Märkte stattgefunden haben. Die anhaltende Modernisierung der mittel- und osteuropäischen Gesellschaften wird auch zu Anpassungserfordernissen in Westeuropa führen. Sie wird aber auch weiterhin Chancen in sich bergen, die bei jeder Diskussion um die spezifischen Umstände und Probleme eines jeden gesellschaftlichen Sektors nicht übersehen werden dürfen, um der ganzen Wahrheit des europäischen Einigungsprozesses und damit auch der EU-Osterweiterung Genüge zu tun. Und dies übrigens ist, wie mir scheint, der wichtigste Beitrag, den die Menschen der Kandidatenländer in die gemeinsame europäische Zukunftsentwicklung einbringen werden. Der Wille zur Wahrhaftigkeit im Umgang mit

den öffentlichen Institutionen und Diskussionen hat die Freiheitsrevolutionen von 1989 inspiriert und geprägt. Über sich selbst hinaus an die Neubegründung der öffentlichen Ordnung zu denken, das war eine Tat gelebten Gemeinsinnes, auch um den Preis schwerster Anpassungserfordernisse, die in ihrer Folge während der vergangenen Jahre tief in alle Gesellschaften der mittel- und osteuropäischen Reformstaaten eingegriffen haben. Es kann keinen Frieden für den gesamten Kontinent geben, wenn nicht auch im westlichen Europa die Einsicht wächst, dass Reformen nicht an erster Stelle mit Anspruchsverlusten gleichgesetzt werden müssen, sondern dass Reformen immer auch Chancen der Erneuerung und des Aufbruches bedeuten. Die Helden von 1989, die Menschen, die auf den Straßen von Leipzig und Dresden demonstriert haben, die Mitglieder der Gewerkschaft Solidarność in Polen waren, die die nationalen Unabhängigkeitsbewegungen der baltischen Völker angeführt haben, die den Eisernen Vorhang in Ungarn zerbrochen haben und die die Charta 77 in der Tschechoslowakei getragen haben, schließlich die Menschen, die sich im Oktober 2000 vom letzten Diktator Europas in Serbien befreit haben: Sie alle haben neue Maßstäbe für die Definition des Gemeinwohls, der *res publica*, in Europa gesetzt. Sie haben nicht Halt gemacht, weil sie die Kosten gescheut haben, und sie haben, obgleich sie eine Hoffnung auf die Verbesserung der sozialen Lebensumstände ihrer Familien und ihrer Völker gehabt haben mögen, nicht erst nach dem eigenen materiellen Nutzen gefragt, als sie darangingen, die unmenschlichen und ungerechten Struk-

turen eines totalitären Jahrhunderts zum Einsturz zu bringen.

Heute müssen wir uns alle gemeinsam in der Freiheit bewähren. Dies ist vielleicht eine noch größere Aufgabe als diejenige, die darin bestand, die Unfreiheit abzustreifen. Zu den moralischen Aufgaben, wie sie heute von allen Gesellschaften Europas verlangt werden, gehört ein ausgeprägtes Sensorium für Verantwortung und Solidarität. Die mit der Osterweiterung der Europäischen Union – die ausdrücklich Russland mit seiner zwei Kontinente überragenden Größe und mit seinem weltpolitischen Selbstverständnis nicht einschließen wird – verbundenen Reformfordernisse in Westeuropa sind im Kern eine Anfrage an die Verantwortungsfähigkeit freiheitlicher Gesellschaften, an die Führungsfähigkeit ihrer politischen und intellektuellen Eliten und an die Solidaritätsfähigkeit aller ihrer Interessengruppen.

Wo immer ein Mehrwert an Verantwortung entsteht, hat die Osterweiterung eine Dividende für ganz Europa zur Folge. In diesem Grundgedanken muss der entscheidende Anreiz für all diejenigen im westlichen Europa liegen, die die anstehenden Entwicklungsprozesse in der Europäischen Union mit Sorge und Skepsis betrachten. Die Erhaltungsbedingungen der Freiheit überall zu stärken liegt im eigenen Interesse derer, die von Freiheit und Wohlstand profitieren. Insofern ist die Osterweiterung ein Anreiz zur Erneuerung des Zusammenhanges von Freiheit und Verantwortung. Sie ist damit ein Anreiz, nicht nur über die Kosten, sondern über den geistigen und infolgedessen langfristig auch materiellen Nutzen der Osterweiterung nachzudenken.